

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931**

25.2.1931 (No. 47)



## Englisch-französische Einigung über die Flottenstärke

Die Verhandlungen zwischen dem französischen und britischen Sachverständigen über die Flottenfrage endete am Dienstag, wie mitgeteilt wird, damit, daß eine grundsätzliche Einigung erzielt worden sei unter der Bedingung, daß Italien dem Abkommen zustimme. Die englischen Minister verließen abends Paris, um sich nach Rom zu begeben. Der Wortlaut des Abkommens soll bis zur Billigung durch die italienische Regierung geheim bleiben.

### Aus dem Inhalt der Vereinbarungen

Die Vereinbarungen beziehen sich auf die Begrenzung der französischen Flotte (ungefähr 830 Tonnen) und auf die Verteilung der Frankreich zustehenden Tonnage auf die verschiedenen Schiffstypen. Ferner hätten die englischen und französischen Minister beschlossen, daß die französische Flotte der italienischen Flotte gegenüber eine Überlegenheit von etwa 157 000 Tonnen behalten solle, auf jeden Fall bis zum Jahre 1936. Die britischen Minister hätten den Vorschlag Frankreichs auf Einfügung einer Italien bezüglichen Sicherheitsklausel im dritten Teil des Londoner Flottenabkommens abgelehnt.

Zu dem grundsätzlichen Einverständnis müßte die italienische Regierung noch ihre Zustimmung geben. Es habe sich darum gehandelt, einen Abstand zwischen den italienischen und französischen Flotten zu finden, der England zufriedenstelle und für Italien annehmbar sei. Dieser Abstand sei festgelegt in einer Weise, die die Bedürfnisse der Verteidigung Frankreichs sicherstelle. Die französische Flotte gemachte Zugeständnisse hinsichtlich der U-Boote würden durch Festlegung einer Tonnagegrenze der französischen kleinen Kreuzer ausgeglichen. Die Verständigung sei nicht mehr mit einer für diplomatische Verhandlungen seltenen Klarheit erzielt worden, sondern die englischen Unterhändler hätten auch eine großzügige Auffassung gegenüber den großen internationalen Problemen bewiesen, die ihrem Urteil Ehre mache.

### Was sagt Italien?

Der Pariser Korrespondent der „Times“ betont, daß in Paris keine starre und abhängige Vereinbarung getroffen worden ist, der gegenüber Italien nur die Wahl zwischen Annahme und Ablehnung habe. „Morning Post“ erklärt: Frankreich habe statt einer Überlegenheit von 240 000 Tonnen gegenüber Italien nur eine solche von 157 000 Tonnen zu fordern. Aber dieses Opfer von 83 000 Tonnen sei quantitativ, da es durch die Aufgabe veralteter Fahrzeuge erreicht werde. Auch auf dem Gebiete der U-Boote sei das französische Zugeständnis mehr scheinbar als wirklich, denn, während die französische Öffentlichkeit in den U-Booten ein verhältnismäßig billiges Rüstungsgegenstand erbliebt, hören wir von maßgebender Seite, daß die technischen Sachverständigen anderer Meinung sind. Große U-Boote von ungefähr 1500 Tonnen seien nur in den dunklen Gewässern des Nordens verwendbar, während sie in der klaren See des Südens von der Luft aus leicht entdeckt werden können.

### Die Lyoner Mustermesse

Deutschland an der Spitze der ausländischen Aussteller. Lyon, 25. Febr. (Priv.-Tel.) Auf der vom Montag, den 2. März, bis einschließlich Sonntag, den 15. März, stattfindenden internationalen Lyoner Messe nehmen unter den ausländischen Ausstellern die Deutschen, wie bereits im vergangenen Jahre, wieder den breitesten Raum ein. Diese Entwicklung zeigt deutlich die starke Ausfuhr nach Frankreich. Textilmaschinen aller Art, Werkzeugmaschinen, Druckereimaschinen, Spielwaren, Christbaumschmuck, Keramik, Glas- und Kristallwaren, sanitäre Apparate, Bijouterien usw. sind die Hauptgegenstände der deutschen Beteiligung.

### Sir Eric Drummond über seine Südamerikareise

Der von seiner Südamerikareise zurückgekehrte Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, gab den Vertretern der internationalen Presse eine Darstellung des Verlaufes und des Ergebnisses seines Aufenthaltes in den südamerikanischen Staaten. Bei seinem Aufenthalt in Südamerika habe er, so führte er u. a. aus, überall feststellen können, daß sämtliche Staaten von der wirtschaftlichen Depression schwer in Mitleidenhaft gezogen werden, vielleicht in noch größerem Ausmaß, als es in den europäischen Staaten der Fall sei. Infolge der Wirtschaftskrise sei das Gefühl der Unsicherheit in Südamerika so stark, daß ihm häufig die Frage gestellt worden sei, ob nicht in naher Zukunft mit dem Ausbruch eines neuen Krieges in Europa zu rechnen sei. Demgegenüber habe er immer darauf hingewiesen, daß erst kürzlich in dem Manifest der Europakommission des Völkerbundes der allgemeine Friedenswille der europäischen Staaten zum Ausdruck gekommen sei und daß er deswegen einen Krieg nicht für wahrscheinlich halte.

### Kurze Nachrichten

Zehn-Millionen-Besthilfe gesichert. Wie die „Neue Pfalz, Landeszeitung“ meldet, hat Reichsfinanzminister Dr. Dietrich dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden des Zentrums, Esser, erklärt, daß er bereit sei, bei der dritten Lesung des Kriegsschuldenlastenetzes eine im Sinne der Wünsche des Abg. Hofmann-Ludwigshafen befindliche Erklärung abzugeben. Damit wären die in letzter Zeit heftig umstrittenen 10 Millionen im außerordentlichen Etat zur Besthilfe gesichert.

Strassenbahnerstreik im Wuppertal. Die Belegschaft der Warmer Strassen- und Bergbahnen im Wuppertal hat beschlossen, in den Streik zu treten. Der Streik hat heute begonnen. Die Strassenbahner lehnen den Dortmund-Schiedspruch ab, der eine 50prozentige Lohnkürzung vorseht, und verlangen dafür Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich und Wiedereinstellung von Arbeitslosen.

Die Hüttenwerke in Hannover. Die am Tarifvertrag für das Feiner Walzwerk und die Albeder Hütte beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände haben einen Vorvertrag zur Beilegung der bestehenden Streitigkeiten abgeschlossen und werden unverzüglich in Verhandlungen zum Abschluß eines Tarifvertrags eintreten. Mit sofortiger Wirkung werden sämtliche Kampfhandlungen eingestellt. Die Wiederaufnahme der Betriebe soll möglichst umgehend erfolgen.

Gemeinsamer Theaterbetrieb zwischen Heidelberg und Heilbronn? In Heilbronn fand vor einigen Tagen eine Theaterdebatte in der Stadtverordnetenversammlung (Gemeinderat) statt, wobei man sich mit dem Vorschlag zu befassen hatte, für die laufende Spielzeit außer den bereits genehmigten 77 000 Reichsmark Zuschuß weitere 30 000 Reichsmark zu bewilligen, wovon schließlich vorläufig 15 000 Reichsmark bewilligt wurden. Bei dieser Gelegenheit wurde in der Debatte die Frage kurz erörtert, ob man sich nicht überlegen solle, mit Heidelberg zusammen einen gemeinsamen Theaterbetrieb zu führen. Es wurde aber keinerlei Beschluß gefaßt.

## Das Agrarprogramm im Reichstag

### Die Rede des Reichsernährungsministers

Der Reichstags-Sitzung am Dienstag, die um 3 Uhr begann, blieben Deutschnationale und Nationalsozialisten wieder fern. Ein Einspruch von vier nationalsozialistischen Abgeordneten wegen ihrer Ausweisung aus einer früheren Sitzung wurde einstimmig zurückgewiesen. Die Novelle zum Gesetz über die Errichtung der Deutschen Rentenbankkreditanstalt wird debattelos in dritter Beratung angenommen. Der Verfassungsetz, der Etat des Rechnungshofes und des Reichsparlamentarischen wurden genehmigt. Ein kommunistischer Antrag auf Streichung von Ruhegehältern für Offiziere der alten Wehrmacht und der Ehrenzulagen für Inhaber militärischer Orden und der für Renten aller Art ausgesetzten Beträge dementsprechend zu erhöhen, wurde abgelehnt.

Bei der ersten Beratung des kommunistischen Antrages auf Einführung einer Millionärsteuer wurde der Antrag dem Ausschuss überwiesen.

Es folgt die Beratung des Haushalts für Ernährung und Landwirtschaft, die von Dr. Schiele mit einer großen Rede eingeleitet wurde. Nach einer Begründung für die im Agrarprogramm der Regierung vorgesehenen Maßnahmen, die sozialistisch bei der Butter an dem Ermächtigungsprinzip festhalten und dieses Prinzip auch für den Getreidebau beizubehalten, setzte sich Schiele — wiederholt durch Beifallsstürmungen unterbrochen — mit den Angriffen auseinander, die besonders aus dem Lager der äußersten Rechten gegen ihn gerichtet worden sind. Er betonte, daß die Regierung, unbeirrt von falsch verstandenen Konventionen und parteipolitisch übertriebenem Agrarradikalismus, für den Wiederaufbau der deutschen Landwirtschaft wirke. Er verurteilte die schwarzen Färbungen der Verzweiflung und Empörung als schwere Krankheitssymptome der um das Leben ringenden Landwirtschaft. Er werde seinen Platz solange behaupten, wie er überzeugt sei, hier am besten der deutschen Landwirtschaft und dem Vaterlande zu dienen.

Nach der mit großem Beifall aufgenommenen Rede wurde Minister Schiele von Abgeordneten des Landvolkes und des Bayerischen Bauernbundes beglückwünscht.

Das Kernstück der Rede war die Forderung nach einer generellen Ermächtigung, in deren Rahmen auch die notwendigen sozialpolitischen Maßnahmen für die Landwirtschaft durchgeführt werden sollen. — Wie wir erfahren, dürfte der Entwurf dieses Ermächtigungsgesetzes dem Reichsrat schon in den nächsten Tagen zugehen. Es wird voraussichtlich nur aus zwei Paragraphen bestehen und außer den sozialpolitischen Ermächtigungen auch noch solche handels- und wirtschaftspolitischer Art enthalten. Praktisch bedeutet das Ermächtigungsgesetz, daß die Entscheidung über die Butter- und Käsefrage, über die am Montag im Kabinett eine Einigung nicht zu erzielen war, auf später vertagt ist.

In der Aussprache sprach sich der sozialdemokratische Abg. Tempel, ein niedersächsischer Landwirt, durchaus zustimmend zu der von Schiele und seinem Vorgänger verfolgten Politik des Hilfsvertrages für die Landwirtschaft aus, wenn er auch Einzelheiten des Agrarprogramms ablehnte und davor warnte, durch eine Zollüberhöhung Deutschland zum Welthandelskrieg zu treiben.

Die weiteren Redner der Sitzung, die Abg. Blum (Zentr.), Dr. Schlittenbauer (Wahr. V.) und Meyer-Gannover (D. Hannov.) sprachen dem Minister das Vertrauen ihrer Parteien aus. Alle Redner wandten sich mit großer Schärfe gegen die regierungsfeindliche Haltung bestimmter Führer der landwirtschaftlichen Organisationen und vor allem gegen die Deutschnationalen, denen sie vorwarfen, daß sie durch ihre Abstinenzpolitik das Hilfswort für die Landwirtschaft sabotierten. Am heutigen Mittwoch wird die Beratung fortgesetzt.

Entgegen anderslautenden Nachrichten hat die Reichsregierung bisher mit den Sozialdemokraten noch nicht über die Agrargesetzgebung verhandelt. Es herrscht aber der Eindruck vor, daß die Verabschiedung des Wehr-, des Ernährungs- und des Sozialgesetzes kaum noch ernstlichen Schwierigkeiten begegnen wird. Dies sind die kritischsten Gesetze. Sind sie gesichert, so dürfte auch die Verabschiedung des Gesamthaushalts glatt von statten gehen. Zunächst wird es aber wohl noch weiterer Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Sozialdemokraten bedürfen, um in allen Fragen eine Verständigung herbeizuführen.

### Die Arbeitsmarktlage im Reich

#### Weiter rund 5 Millionen Arbeitslose

Die den Verlauf der Arbeitslosigkeit kennzeichnenden Zahlen, die im Vorjahr Ende Februar ihren Höchststand erreicht haben, sind nach dem Bericht der Reichsanstalt in der ersten Hälfte dieses Monats in einer weit flacheren Kurve gestiegen als in den vorangegangenen Wintermonaten. Dies gilt sowohl für den Ausschnitt aus dem Arbeitsmarkt, der durch die Statistik der Unterfertigungseinrichtungen erfasst wird, wie für den Arbeitsmarkt im ganzen. Die Belastung der Arbeitslosenversicherung, die im vorigen Berichtsjahr noch um rund 155 000 Hauptunterstützungsempfänger zugenommen hatte, ist bis zum 15. Februar nur noch um rund 48 000 auf rund 2 602 000 (gegen 2 318 000 im Vorjahr) gestiegen. In der Krisenfrist wurden am gleichen Stichtage rund 861 000 Hauptunterstützungsempfänger gegenüber 811 000 am 31. Januar gezählt.

Von den verfügbaren Arbeitsuchenden, die am 15. Februar bei den Arbeitsämtern eingetragen waren, waren rund 4 991 000 an diesem Stichtage arbeitslos. Das Ansteigen dieser Zahl um rund 106 000 gegenüber dem 31. Januar fällt zum größeren Teil den Saisonaußenberufen zur Last. Die Belastung der Arbeitslosenversicherung entwickelte sich in den einzelnen Landesarbeitsämtern nicht gleichmäßig. Stärker als im Durchschnitt der 13 Landesarbeitsämter war die Zunahme in den Bezirken Südwestdeutschland, Schlesien, Pommern, Nordmark, Niedersachsen und Hessen, geringer in Ostpreußen, Brandenburg, Rheinland und Bayern.

Die Unterscheidung zwischen saisonmäßigen und konjunkturellen Einflüssen auf dem Arbeitsmarkt ist auch für den vorliegenden Berichtsjahr aufzuerkennend schwer. Im ganzen hielt der Rückgang der Beschäftigung an.

### Der Reichsverband der deutschen Industrie und das Arbeitslosenproblem

Der Hauptausschuss des Reichsverbandes der deutschen Industrie beschäftigte sich u. a. mit der Arbeitslosenfrage. Nach einem Referat des Reichsarbeitsministers Stegerwald wurde in eingehender Aussprache ein geschlossener Zwang zur Verkürzung der Arbeitszeit einstimmig abgelehnt. Zur Begründung dieses Standpunktes wurde ausgeführt, daß eine schematische und generelle Verkürzung der Arbeitszeit kein genügendes Mittel zur Verringerung der Arbeitslosigkeit sei, eine derartige Maßnahme im Gegenteil in ihren Folgen die Arbeitslosigkeit aus Gründen, die der Öffentlichkeit wiederholt dargelegt seien, nur vergrößern würde.

## Seereschiffe in der französischen Kammer

### Maginot gegen Abrüstung

Zu Fortsetzung der Kammerberatung über das Seereschiffgesetz wie am Dienstag ein sozialistischer Abgeordneter darauf hin, daß in dem vorliegenden Budgetentwurf für das Kriegsministerium nichts von der Zustimmung der französischen Delegierten in Genf zu einer Rüstungsberatung zu merken sei. Der sozialistische Abgeordnete Spinasse, der am Sonntag in Frankfurt gesprochen hatte, erklärte auf eine Frage eines Abgeordneten der Gruppe Marin, was man in Deutschland zur Abrüstung denke, er habe dort 31 000 junge Leute gesehen, die entschlossen seien, den Frieden zu verteidigen. Er sei zu der Erkenntnis gekommen, daß die reichstehenden Zerstörer in Deutschland und in Frankreich nicht die Wahrheit sagen würden.

Darauf ergriff Kriegsminister Maginot das Wort. Er erklärte, daß Frankreich seine Dienstzeit auf ein Jahr herabgesetzt habe. 1913 hätte es 810 000 Soldaten gehabt, 1930 einschließlich der Offiziere nur 522 000 Mann. Angesichts des großen Kolonialreiches stünden zur Verteidigung des Heimatbodens nur 317 000 Mann zur Verfügung. Auf die Klauseln des Versailler Vertrages, durch die die deutschen Rüstungsbeschränkungen festgelegt würden, könne nicht verzichtet werden, und wenn Deutschland sich seinen Verpflichtungen entziehen würde, wäre Frankreich genötigt, seine Bewaffnung heraufzusetzen. Man dürfe nicht sagen, daß alle Nationen auf den Fuß der Gleichberechtigung gestellt werden müßten. Wenn man die Kriegsgesetze zum Verschwinden bringen wolle, sei es nur gerecht, daß die früheren Angreifer die strengsten Beschränkungen auferlegt würden und daß Nationen, die nicht angegriffen hätten, nicht dulden dürften, daß die Bestimmungen des Versailler Vertrages in Frage gestellt würden. Unter diesen Vorbehalt würde Frankreich alles tun, was von ihm abhängt, damit die nächste Abrüstungskonferenz zu einer Verständigung gelangen könne.

Der nächste Redner, der radikale Abgeordnete Daladier, berechnete — ebenso wie Briand auf der letzten Völkerbundversammlung — die Effektivestärke des französischen Seereschiffes auf 556 000 Mann. Frankreich habe im ganzen jetzt 143 Divisionsgeneräle, und keine Armee Europas hätte einen so beträchtlichen Effektivebestand wie das französische Heer. Eine Abänderung der Militärorganisation sei daher notwendig.

### Eine Arbeitslosenabende

Am Schluß der Dienstagmorgenberatung der französischen Kammer äußerte sich Ministerpräsident Laval zu einem Antrag der Sozialisten, den Kredit für die Arbeitslosen auf 100 Millionen zu erhöhen. Er versprach, den Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen, wenn Kammer und Senat den Wirtschaftspläne angenommen hätten. Der sozialistische Antrag wurde schließlich mit 285 gegen 288 Stimmen von der Kammer angenommen. Zwei weitere Änderungsanträge über die Verteilung der Unterfertigung wurden mit Billigung der Regierung gleichfalls angenommen. — Die Finanzkommission der Kammer hatte ursprünglich den Kredit auf 25 Millionen Franken festgelegt.

### Alarmbereitschaft in Warschau

Warschau, 25. Febr. (Tel.) Die Polizei ist aus Anlaß der für den heutigen „Hungertag“ von den Kommunisten angekündigten Straßendemonstrationen in höchste Alarmbereitschaft versetzt worden, um evtl. Ausschreitungen zu verhindern. In Jawiercie (südwestliches Kongresspolen) wurde eine kommunistische Geheimdruckerei ausgehoben, in der Propagandamaterial für den heutigen Tag gedruckt wurde.

### Eigene Regierung in Südpeteru

Lima, 24. Febr. (Associated Press.) (Tel.) Die Auslandsindien im Süden von Peru haben eine eigene Regierung, die „Junta des Südens“ gebildet. Die in Cuzco stehenden Truppen haben sich dieser Regierung angeschlossen.

### Wieder ein Anschlag auf den Präsidenten von Kuba

Havana, 25. Febr. (Tel.) Präsident Machado, auf den, wie gemeldet, vor zwei Tagen ein Bombenattentat verübt wurde, ist soeben einem neuen Anschlag glücklich entkommen. Im neuen Kapitel verjagte ein junger Mann den Präsidenten, als dieser gerade eine Rede hielt, zu erschließen. Es gelang der Polizei, im letzten Augenblick den jungen Mann mit dem Revolver in der Hand festzunehmen. Der Vorfall verurteilte bei den Anwesenden große Erregung. Der Präsident, der seine Ruhe vollkommen bewahrt hatte, führte seine Rede jedoch ohne Unterbrechung zu Ende.

Wegen des Bombenattentats vor zwei Tagen sind 20 Personen, die im Verdacht stehen, irgendwie an der Tat beteiligt zu sein, verhaftet worden.

### Aleine Chronik

In Worms begann der Prozeß wegen des Zusammenbruchs der Wormser Volksbank G.m.b.H. Angeklagt ist der Direktor Johann Georg Roth.

Im Palais des Reichspräsidenten in Berlin verjagte am Dienstag vormittag gegen 11 Uhr ein Mann sich mit einer Parabellumpistole zu erschließen. Er konnte von einem Kriminalbeamten an der Tat verhindert und festgenommen werden. Es handelt sich um einen Handlungsgehilfen namens Alois Woll, der nach ärztlicher Untersuchung als nicht geisteskrank erachtet wurde.

Der Bankier Babel ist in Stralsberg (Schlesien) wegen Vergehens gegen das Depotgesetz zu acht Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das Gericht hielt ihn für schuldig, in mehreren Fällen Wertpapiere, die er von Kunden zur Aufbewahrung erhalten hatte, ohne Bezeichnung aus fremdes Eigentum bei Großbanken in Verwahrung gegeben zu haben, so daß die Großbanken dann in der Lage waren, diese fremden Wertpapiere als Aktiva des Babelschen Kapitals zu beschlagnehmen.

Vor dem Schwurgericht Prenzlau begann der Prozeß gegen Ernst Labewig aus Berlin wegen Transportgefährdung. Labewig hatte am 20. November v. J. versucht, den von Berlin nach Schweden fahrenden D-Bus zur Entgleisung zu bringen. Er hat die Tat auch eingestanden.

Wie aus Laon gemeldet wird, hat ein von dem deutschen Flieger Peter von Koenig gezeichnetes deutsches Verkehrsflugzeug, das am Dienstag um 10.10 Uhr, vom Flugplatz Le Bourget abgeflogen war, wegen einer Motorpanne bei Clacy landen müssen. Das Flugzeug wurde stark beschädigt. Die vier Passagiere blieben unversehrt.



## Gemeinderwahlen

**Bürgermeisterwahlen.** In Säckingen haben von 71 Stimmberechtigten 65 abgestimmt. Davon entfielen 59 Stimmen auf den bisherigen Bürgermeister Krüger, der bereits seit 27 Jahren die Geschäfte der Stadt Säckingen leitet. Sechs Zettel waren weiß. Die Kommunisten und ein Teil der Nationalsozialisten hatten sich der Stimme enthalten. — In Arlen (bei Säckingen) verlief am Sonntag die Wahl ergebnislos. Sattlermeister und Landwirt Gustav Bredt erhielt 291 Stimmen, Kaufmann Alfred Harber 176 und Obermeister Hermann Wieland 131 Stimmen. — In Hundheim (Amt Wertheim) verlief die Wahl am letzten Sonntag abermals ergebnislos. Somit haben 6 Wahlgänge nicht vermocht, der Gemeinde ein Oberhaupt zu geben. Es bleibt nur noch die Ernennung eines kommissarischen Bürgermeisters übrig.

**Die Zwangssteuer.** Auf Anordnung des Bezirksrats Schwetzingen wurde in den Gemeinden Brühl, Hohenheim und Ibsheim die Bürgersteuer und die Biersteuererhöhung zur Ausgleichung des Etats zwangsweise eingeführt.

**Der Bezirksausschuß des Wohnungsverbands Forzheim-Land** hat in seiner ersten Sitzung im Jahre 1931 am 19. Febr. wiederum Vorschläge im Gesamtbetrag von 74 000 M. vorgelegt. Berücksichtigt wurden 21 Gesuche. Bezugslohn wurden: 4 Einfamilienhäuser, 16 Zweifamilienhäuser und ein Dreifamilienwohnhaus. Von den Bezugslohnern sind eine Einzimmerwohnung, 11 Zweizimmerwohnungen, 25 Dreizimmerwohnungen und 2 Vierzimmerwohnungen. Außerdem wurden in neun Fällen Zinszuschüsse gewährt.

**Bernfung als Stadtratsrat.** Der Stadtrat Forzheim hat dem Regierungsrat Dr. Gottlob im badischen Finanzministerium die unbelebte Stelle des Stadtratsrats übertragen.

**Schaffung von Kleingärten.** In verschiedenen Gemarkungen der Stadt Forzheim wurden insgesamt 25 000 Quadratmeter städtisches Gelände zu einem verbilligten Pachtzins an hilfsbedürftige Familien zur Bewirtschaftung als Kleingärten zur Verfügung gestellt.

**Vertrauensstundegebung für Oberbürgermeister Eßner.** In der am 18. Februar in Baden-Baden von der Hotel- und Gastwirtschaft veranstalteten Versammlung wurde nach dem Bericht des Bürgermeisters Dr. Köpcke über die geplante Umgestaltung des Kurbetriebs dem Oberbürgermeister Eßner als dem zielbewußten Führer dieser Bewegung das vollste Vertrauen ausgesprochen, in der Überzeugung, daß die derzeitigen Verhältnisse unhaltbar geworden sind und einer grundlegenden Neuordnung im Sinne der berechtigten Wünsche bedürftig sind.

**Aus dem kommunalen Leben Baden-Badens.** In der letzten Baden-Badener Stadtratssitzung wurde aus Anlaß verschiedener Vorkommnisse in jüngster Zeit die durch den § 48 der Gemeindeordnung vorgeschriebene Schweigepflicht der Stadträte besprochen. Oberbürgermeister Eßner erklärte hierzu, es müsse dem Gefühl und dem Takt des einzelnen überlassen werden, inwieweit er in dem gesteckten Rahmen von seinen Kenntnissen aus der Stadtratssitzung Gebrauch machen kann. Der Oberbürgermeister werde Verstöße gegen die Schweigepflicht aufgreifen und der Saatsaufsichtsbehörde zur Kenntnis bringen, sofern es das öffentliche Interesse erfordere. — Die Nationalsozialisten hatten den Antrag gestellt, städtischen Beamten, Angestellten und Arbeitern mit einem Monatsgehalt unter 250 M. für den Ausfall durch die Gehalts- bzw. Lohnkürzung eine Ausgleichszulage in gleicher Höhe zu gewähren. Diefem Antrag konnte nicht entsprochen werden, weil eine derartige Maßnahme gegen die Anordnungen des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 und den mit Zustimmung der Arbeitnehmer zustande gekommenen Lohnverträgen verstoßen würde und außerdem Mittel für eine derartige Ausgleichszulage nicht zur Verfügung stehen. — Der Stadtrat vertritt grundsätzlich die Auffassung, daß ein Bedürfnis für die Zulassung weiterer Wirtschaftsbetriebe mit Vollkonzession für die Dauer der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse nicht besteht.

**Abgelehntes Arbeitsbeschaffungsprogramm in Wehl.** Der Gemeinderat Wehl hat das gesamte Arbeitsbeschaffungsprogramm der Verwaltung abgelehnt. Eine Bürgerausschussführung, in der endgültiger Beschluß gefaßt werden sollte, ist in letzter Stunde abgelehnt worden.

**Keine Vergütung an Ausschussmitglieder in Offenburg.** Nachdem der Stadtrat in seiner vorletzten Sitzung beschlossen hatte, daß die Mitglieder des Bürgerausschusses nur noch Ersatz erhalten für einen etwaigen Ausfall an Lohn und Verdienst, der jedoch nachgewiesen werden muß, hat er in seiner letzten Sitzung beschlossen, daß die Mitglieder aller städtischen Ausschüsse ehrenamtlich tätig sein müssen. Wenn sie in Gemeindeangelegenheiten dienstliche Verrichtungen vornehmen, haben sie Anspruch auf Ersatz der ihnen erwachsenen Aufwendungen, bei auswärtigen Dienstgeschäften auf die Vergütungen der Stadträte.

wendungen, bei auswärtigen Dienstgeschäften auf die Vergütungen der Stadträte.

**Bürgerausschusswahl in Breisach.** Am Sonntag fand in Breisach die Nachwahl des Bürgerausschusses statt, nachdem die Novemberwahl durch den Bezirksrat für ungültig erklärt worden war. Eine wesentliche Verschiebung des Ergebnisses gegenüber November erfolgte nicht. Das Zentrum erhielt 445 Stimmen und 14 Sitze (im November 397 Stimmen und 13 Sitze), die Sozialdemokratie mit Arbeitsgemeinschaft 330 Stimmen und 10 Sitze (242 + 81 Stimmen, 8 + 1 Sitze), die Staatspartei 342 Stimmen und 10 Sitze (333 Stimmen, 10 Sitze), Wirtschaftspartei 72 Stimmen und zwei Sitze (141 Stimmen, vier Sitze), Bürgerliche Vereinigung 336 Stimmen und 12 Sitze (362 Stimmen, 12 Sitze).

**Der Bürgerausschuß Haslach** ist zum erstenmal nach den Neuwahlen zusammengetreten. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Gemeinderat Kraft namens der Nationalsozialisten die Erklärung ab, daß diese an den Beratungen nicht teilnehmen werden, weil die Vorlagen bereits ausgeführt seien und weil „Verschiedenes“ nicht auf der Tagesordnung stehe. Die Nationalsozialisten verließen darauf die Sitzung und kehrten erst zum Schluß wieder zurück. Inzwischen hatte der Bürgerausschuß die Vorlagen genehmigt. Schließlich verließen die Mitglieder die Sitzung, ohne daß ihr offizieller Schluß erklärt war.

## Kurze Nachrichten aus Baden

**Der Prozeß Bürkle in Freiburg.** Dr. Freiburg, 25. Febr. Vor dem Schöffengericht begann, wie gemeldet, Dienstag vormittag die Verhandlung gegen die beiden Bankiers Otto Bürkle und Karl Herling, Inhaber des im Jahre 1923 gegründeten Bankhauses Otto Bürkle u. Co. in Freiburg. Zunächst wurden die einzelnen Straffälle kurz besprochen. Bemerkenswert aus der Verhandlung ist, daß Bürkle sich nach seiner Erklärung wenig um das Geschäft kümmerte, daß er niemals an die schlechte Lage seiner Bank glaubte und immer noch hoffte, durch ein glückliches Börsengeschäft alles Verlorene ersetzen zu können. Das eigentliche Bilanzbuch ist bis jetzt noch nicht gefunden worden. Die beiden Angeklagten haben bei Leistung des Offenbarungseides erklärt, daß sie nicht wüßten, wohin es gekommen sei. Nach 4½stündiger Dauer wurden die Verhandlungen auf Mittwoch früh 9 Uhr vertagt. In dieser Sitzung soll Bankier Herling seine Aussagen machen und danach mit der Zeugenvernehmung begonnen werden.

Am heutigen zweiten Verhandlungstag wurde die Vernehmung des Angeklagten Bürkle einstweilen beendet. Er wurde noch gefragt, warum er bei zwei Wasser Kantinistinnen Privatkonten für sich, seine Frau, seine Tochter und seinen Schwiegerohn Geiger seit Besetzen der Bürkle-Bank unterhalten habe. Es bestehe der starke Verdacht, daß sich Herling und Bürkle bei einem Zusammenhang ihres Unternehmens sichern wollten. Bürkle erklärte, er habe es Herling nachgemacht.

Bei der Vernehmung von Herling ergab sich, daß dieser schon vor seinem Austritt aus der Dresdner Bank mit dem Caritasverband in Verbindung getreten war und die Zusicherung für die Erledigung der Debitengeschäfte für den Verband erhalten hatte. Nach der Bankgründung wurden dann auch allein vom Caritasverband 16 Konten errichtet. Während des Bestehens der Bank habe Bürkle rund 235 000 und Herling 337 000 Reichsmark erhalten (wozu noch Zinsbeträge von 34 000 bzw. 50 000 Reichsmark kommen). Herling bestritt die Richtigkeit dieser Angaben. Seiner Privatsekretärin Emma Schmitz habe Herling einmal im Jahre 1927 15 000 Reichsmark Gratifikationen gezahlt. Über das verschwundene Reichsbankbilanzbuch kann Herling angeblich keine Angaben machen. Er behauptet, nie etwas davon gewußt zu haben. Als ihm der Verlust von dem Prokuristen Gahn gemeldet wurde, habe er vergeblich danach suchen lassen.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung wurde in die Erörterung des Tatbestandes eingetreten. Dabei handelt es sich um die Falschbuchungen. Es wurden die Aktibücher und -konten erörtert, die der Steuerbehörde und der Reichsbank falsche Zahlen angaben. Insbesondere wurde das Konto Sutter eingehend erörtert. Dieser Name war ein Deckname gegenüber der Reichsbank. In Wirklichkeit aber wies dieses Konto die Verpflichtungen von Bürkle und von Herling der Bank gegenüber aus. Seit 1918 schuldete Bürkle der Bank 250 000 M. und Herling 540 000 M. Herling behauptete, die Falschbuchungen seien nur unbedeutende Versehen gewesen.

Dr. Freiburg, 24. Febr. Wie der Polizeibericht meldet, wurden hier vier Personen wegen Verdachts des Raufschiffhandels festgenommen. Die Festnahme erfolgte auf Veran-

lassung des Polizeipräsidenten Stuttgart. Bekanntlich bietet Baden infolge seiner langgestreckten Grenzen im Süden und Westen den Raufschiffhändlern manche Übergangsmöglichkeit über das Reichsgebiet. Die Schmuggler unterhalten erfahrungsgemäß enge Beziehungen zu Schweizer und französischen Raufschiffhändlern, wobei sie sich in Baden mit den deutschen Abnehmern zu treffen pflegen. In den letzten Jahren ist es deshalb schon mehrfach geblüht, Raufschiffsmuggler und -Händler im entscheidenden Augenblick abzufassen.

Dr. Freiburg, 25. Febr. Gestern fand hier bei vier nationalsozialistischen Funktionären Hausdurchsuchung statt. Es wurden dabei Papiere beschlagnahmt. Ob sie für die Unterführung von Bedeutung sind, muß die nähere Nachprüfung ergeben.

Dr. Badlisch, 24. Febr. Die Vereinsbank Badlisch e. G. m. b. H. konnte mit dem abgelaufenen Geschäftsjahr auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken. In einer besonderen Festsetzung wurde dieses Ereignis gefeiert. Direktor Harprecht wies darauf hin, daß es in diesen 25 Jahren gelungen sei, 885 Mitglieder für den genossenschaftlichen Kreditgedanken zu gewinnen. Das Institut habe im vergangenen Jahre einen Umsatz von 93,7 Mill. Reichsmark gehabt und könne aus dem Reingewinn eine Dividende von 8 Proz. verteilen.

Dr. Badolzell, 24. Febr. Im Laufe des Reichstagsabgeordneten Dies wurden die Zenterscheiben eingeschlagen. Als Täter wurden Angehörige der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ermittelt.

## Literarische Neuerscheinungen

Der zeitgemäße Reiseführer: Meyers „Miviera“. Die eigentliche Aufgabe eines Reiseführers sollte es sein, nicht nur Bahnfahrten, Hotels und Sehenswürdigkeiten zusammenzustellen, sondern neben diesen — gewiß notwendigen — Angaben, von deren Zuverlässigkeit viel abhängt, möglichst zu werten und die Reisevorbereitungen bereits zu einem Genüß zu machen. Diese nicht leichte Aufgabe wird von dem neuesten Band in der altbewährten Sammlung „Meyers Reisebücher“: „Die Miviera von Livorno bis Marseille und Korsika“ (272 Seiten, 12 M., Bibliographisches Institut, Leipzig) restlos erfüllt. Es ist hier viel Neuland beschriftet worden, das in der gesamten Reiseführerliteratur einzig dasteht. Zunächst fällt die hervorragende Kartographie auf; die Autostrecken sind durch ein neuartiges Prinzip farbiger Umrandung deutlich hervorgehoben, ebenso bei den Stadtplänen die Hauptstraßen, mit Angabe ihrer Weiterführung nach anderen Städten. Der Automobilist, der Radfahrer, der Motorradfahrer können sich gar keinen praktischeren Begleiter im fremden Lande wünschen. Für diese Art des Reisens ist auch noch in anderer Beziehung gesorgt, nämlich durch ausführliche Angaben über Garagen und Reparaturwerkstätten sowie durch eine Tabelle der indischen und französischen Auto-Fachausdrücke, die man ja in den meisten Wörterbüchern nicht findet. Von den französischen Landkarten sind sowohl auf den Karten als auch im Text die amtlichen Nummern angegeben, die in Frankreich vielfach als einzige Wegmarkierung dienen.

Dabei sind aber die übrigen Reisemöglichkeiten keineswegs vernachlässigt. Man findet selbstverständlich alle Eisenbahnverbindungen und die Luftfahr- und Autobuslinien mit ihren wichtigsten Fahrpreisen.

Schaubücher, Nr. 41 Do X, das größte Flugschiff der Welt, 72 Bilder. Eingeleitet von Dr. Claudius Dornier. Erläutert von Dr. G. Tilgenkamp. — Schaubücher, Nr. 43 „Der Reichstag tritt zusammen“. 72 Bilder. Eingeleitet von Dr. Paul Kirchner, Bibliothekar des Deutschen Reichstags. (Beide im Orell Füssli Verlag, Zürich-Leipzig.) — Diese beiden lehrerfüllten Bände der so rasch beliebt gewordenen „Schaubücher“, die in ihrer Gesamtheit eine hervorragende Enzyklopädie in Bildern sein werden, fesseln durch den nicht gering zu bewertenden Reiz des Aktuellen. Der erste Band lehrt uns, die gewaltigste Leistung der Dornier-Werke, die Amerifliegerin, bewundern. Kein Geringeres als Dr. Dornier selber schildert die Entwicklung seiner Werk von der Konstruktion des ersten Flugbootes bis zum Bau der gigantischen Do X, während Dr. Tilgenkamp, sein treuer Mitarbeiter, die auch dem Laien verständlichen Erläuterungen zu den 72 herrlichen Abbildungen der „Do X“ verfaßt hat. — Nur ein sehr kleiner Bruchteil des deutschen Volkes hat die Schwelle jenes Hauses überschritten, in dem beschlossene gefaßt werden und Entscheidungen fallen, die letzten Endes jeden einzelnen angehen. Alle jedoch möchten sie gern wissen, wie es im Reichstag aussieht und zugeht; und darum werden ihnen die 72 trefflichen Momentaufnahmen dieses Schaubuches um so willkommener sein, als Dr. Paul Kirchner, der Verfasser der Einleitung, sich seiner Aufgabe als Cicerone in schlechthin musterwürdiger Weise entledigt hat.

## Bürgersteuer.

Vom Donnerstag, dem 26. Februar bis Dienstag, dem 3. März 1931 wird die Bürgersteuer von den Steuerpflichtigen eingezogen, die in den Straßen mit den

## Anfangsbuchstaben S, T und R

(Wagenstraße bis Ruhmstraße) wohnen. R. 997  
Eingangsstelle: Ritterstraße 5 (Haus Köchlin).  
Kassenzettel: Nur von 8—12 Uhr.

Karlsruhe, den 24. Februar 1931.

Stadthauptkasse.

## Erd- und Betonarbeiten

für eine Begunterführung unter der Hafenbahn in Mannheim öffentlich zu vergeben, 1300 m<sup>3</sup> Ausschub, 500 m<sup>3</sup> Beton, 130 m<sup>2</sup> Sichtflächen usw. Bedingungen und Pläne einzusehen beim unterzeichneten Amt, woselbst auch Abgabe. Leistungsverzeichnis unentgeltlich, besondere Bedingungen hierher bis 20. III. 1931, 10 Uhr, verschlossen, postfrei und mit der Aufschrift „Angebot auf Begunterführung bei km 0,718“. Zuschlagsfrist 3 Wochen, 24. II. 1931. R. 311

Reichsbahn-Bauamt Heidelberg.

## Stammholzverfeinerung.

Die Gemeinde Untergrombach verleiht am Freitag, den 27. Februar 1931, vormittags 10 Uhr, im Bergwald beginnend und anschließend im Unterwald mit Vorkauf gegen Bürgerschaft bis 1. August 1931

7 Buche II.—IV. Klasse  
43 Eiche I.—V. „  
7 Eiche III.—V. „  
5 Eiche III.—V. „  
2 Forste II. Klasse  
1 Kappel III. „  
1 Kirsch IV. „  
Zusammenkunft beim Rathaus.

Untergrombach, 19. II. 1931.

Der Gemeinderat:

Böller, Bürgermeister.

A. 469. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über das Vermögen der A. Platter & Co., G.m.b.H., Karlsruhe, Schneiderbedarfsartikel, Futtermitteln und Manufakturwaren aller Art, wurde nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben. Karlsruhe, den 20. Februar 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 4.

Karlsruhe. A. 470

Güterrechtsregistereinträge.

1. Zu Band II, Seite 51: Armbruster Hans, Angestellter, Karlsruhe-Daglanden und Rina geb. Grimm. Vertrag vom 19. Januar 1931. Gütertrennung. 16. I. 31.

2. Seite 52: Fahrstuhl Karl Franz, Städt. Kellermeister, Karlsruhe u. Frieda Agathe Franziska geb. Neumaier Vertrag vom 11. Febr. 1931. Ertragsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau. 19. II. 31.

3. Seite 53: Geßner, Kaver II, Landwirt und Maurer, Mörzsch und Wilhelm geb. Nimmelpacher. Vertrag vom 3. Febr. 1931. Gütertrennung.

4. Seite 54: Bringer Albert, Militärarzt, Karlsruhe und Emma geb. Sommer. Vertrag vom

4. Februar 1931. Gütertrennung. 21. II. 31.

Amtsgericht Karlsruhe.

N. 308

Güterrechtsregister Jahr III, Seite 71: Joseph Jäcke, Mechaniker in Ober- schopfheim und dessen Ehefrau Josefa geb. Kopf. Durch Ehevertrag vom 14. I. 1931 Gütertrennung.

N. 309

Güterrechtsregister Band II, Seite 600: Müller Wendelin, Heizer in Schwetzingen und Marie Margarete Josefina geb. Walzer. Vertrag vom 14. Februar 1931. Gütertrennung.

N. 310

Güterrechtsregister Band II, Seite 115: Schmal Gustav, Drogist in Ettlingen und Hedwig geb. Keppner. Vertrag vom 22. Januar 1931. Gütertrennung. Ettlingen, den 23. Februar 1931.

Amtsgericht.

Wir werben

für Sie!

PORPHYRWERK

DOSENHEIM

HANS VATTER

DOSENHEIM A. BRUNNEN

LIEFERT AUS SCHLOSS- u. HECKENMARKBRUCH ERSTKLASSIGES

STRASSENBAU-

MATERIAL

Drud G. Braun, Karlsruhe.

Mitwirkende:

Vertam, Rphoff, Rabemacher, Seiling, Gemmede, Geaf, Herz, Höder, Hopsch, Kloebe, Rehner, Müller, Prüter, Schulze, S. Kien- scherf

Anfang 20 Ende nach 22

Kreife A (0,70—5,00 M)

Fr. 27. 2. Emilia Galotti. Sa. 28. 2. Neu einstudiert: Der Rosenkavalier. So. 1. 3. Nachm.: Emilia Galotti. Abends: Die Hugenotten. Im Konzerthaus: Keine Vorstellung.

Donnerstag, 26. Febr. 1931

\* D 19 (Donnerstagmiete)

Th.-Gem. II. S.-Gr. und 101—200

Sturm im Wasserglas

Komödie von Bruno Franl

Regie: Daumbach

Badisches Landestheater

Regie: Daumbach

Regie: Daumbach